

König Wilhelm-Stiftung für erwachsene Beamtentöchter

Berlin W 9, im August 1936
Boßstraße 5.

Die in letzter Zeit in steigendem Maße bei der Stiftung eingegangenen Unterstützungsgesuche unserer unverorgt hinterbliebenen unverheirateten Beamtentöchter haben das Kuratorium der Stiftung veranlaßt, auch für das Jahr 1936 bei dem Herrn Reichs- und Preuß. Minister des Innern die Genehmigung zur schriftlichen Werbung von Geldspenden bei den Beamten nachzusuchen. Der Herr Reichs- und Preuß. Minister des Innern hat unserer Bitte entsprochen und durch den nachstehend in Abschrift mitgeteilten Erlaß vom 27. 7. d. Js. — VW. 6314/18. 7. — der König Wilhelm-Stiftung für erwachsene Beamtentöchter in Berlin die Genehmigung zur schriftlichen Werbung von Geldspenden bei den preussischen Beamten im bisherigen Umfange mit der Maßgabe erteilt, daß die Werbeschreiben nur vom 16. August bis 30. September d. Js. versandt werden dürfen.

Das Kuratorium hofft, im Besitz dieser Genehmigung, wie in dem zurückliegenden Jahre, so auch im kommenden Jahre nicht nur den sehr vielen alten, kranken oder erwerbsunfähigen Beamtentöchtern, sondern vor allem auch den jungen Beamtentöchtern, die ihren Ernährer frühzeitig verloren haben, für ihre Berufsausbildung durch Unterstützungen helfen zu können.

Da wir festgestellt haben, daß im vergangenen Jahre einzelne Provinzialkommissionen die Sammlung wegen Ablaufs der Frist nicht immer restlos durchführen konnten, bittet das Kuratorium die Provinzialkommissionen, die Werbungen in diesem Jahre so beschleunigt zu betreiben, daß bis zum Ablauf der Frist alle in Frage kommenden Dienststellen erfaßt sind, und auch darauf zu achten, daß, wie im letzten Jahre, die Werbung auch auf die Zeichnung von laufenden Beiträgen erstreckt wird.

Wenn auch die dazu berufenen Stellen ihr Möglichstes tun, um jede Not zu lindern, so ist es doch vor allem unsere Pflicht, unsere Beamtentöchter, deren Not trotz allem noch sehr groß ist, nach Möglichkeit von drückenden Sorgen zu befreien. Wie groß aber die Not oft ist und wie viel unsagbares Leid wir im abgelaufenen Jahre zu lindern Gelegenheit hatten, kann nur der ermessen, der die Dankschreiben kennt, die jene an uns richten, die wir durch unsere Hilfe vor dem Schlimmsten bewahren konnten.

Darum richten wir an die Beamtenenschaft die Bitte,
erneut an unserem Hilfswerk mitzuarbeiten.

Allen Spendern aber und denjenigen Beamten, die sich freiwillig in den Dienst der guten Sache gestellt haben, danken wir herzlichst für ihre große Opferfreudigkeit und Hilfeleistung.

Das Kuratorium

Dr. Balandt,

Präsident des Reichs-Justizprüfungsamts,
Vorsitzender.

Dr. Schüke,

Ministerialdirektor
im Reichs- und Preussischen
Ministerium des Innern.

Grünbaum,

Ministerialrat
im Reichs- und Preussischen Ministerium
für die kirchlichen Angelegenheiten.